Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/457
22.11.2018

Innenausschuss

26. Sitzung (öffentlicher Teil)[1]

22. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:07 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor der Fortsetzung der Tagesordnung **5**

2 Auswertung des Abschlussberichts im Verwaltungsermittlungsverfahren in Bezug auf das Dienstverhältnis des Polizeihauptkommissars a. D. Rainer Wendt vom 23. Februar 2018 **6**

Bericht der Landesregierung

3 <u>Aktuelle Viertelstunde:</u> **7**

Aktueller Sachstand zu den Vorfällen im Rahmen der polizeilichen Kontrolle einer Shisha-Bar in Essen am 07.09.2018

Bericht der Landesregierung

[1] Vertraulicher Teil siehe vAPr 17/8.

4 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2576

Ausschussprotokoll 17/365

5 Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen 13

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2406

Ausschussprotokoll 17/368

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

6 Anonyme Spurensicherung standardisieren und auch für männliche Gewaltopfer anbieten 15

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3575

Der Ausschuss kommt überein, sich an eine Anhörung des federführenden Ausschusses für Gleichstellung und Frauen nachrichtlich zu beteiligen.

7 Mobilität für Landesbeschäftigte in NRW 16

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3794

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Verkehrsausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

8 Neonazi-Demonstration am 21. September 2018 in Dortmund 17

Vorlage 17/1342
Vorlage 17/1348

9 Ingewahrsamnahme und Beschlagnahme von Bildern auf der Fotokamera eines Journalisten am 27. Oktober 2018 20

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1427

10 Polizeieinsatz wegen der Protestaktionen des Bündnisses „Ende Gelände“ Ende Oktober 2018 21

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1432

11 Demonstration von „Die Rechte“ in Wuppertal und Ingewahrsamnahme des Wuppertaler Jobcenterleiters am 16. Juni 2018 25

Vorlage 17/1140
Vorlage 17/1352
Vorlage 17/1417

* * *

4 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2576

Ausschussprotokoll 17/365

Marc Lürbke (FDP) führt mit Blick auf die Anhörung aus, der eine oder andere Punkt der Sachverständigen lohne durchaus, darüber noch einmal nachzudenken. Deshalb befänden sich die Koalitionsfraktionen gegenwärtig noch in Gesprächen, sodass es möglicherweise noch Änderungsanträge zum Gesetzentwurf geben werde.

Verena Schäffer (GRÜNE) teilt ebenfalls Änderungsbedarf ihrer Fraktion mit. In der Anhörung zum sogenannten Sicherheitspaket I sei das parallele Verfahren, das Polizeigesetz an zwei verschiedenen Stellen zu ändern, kritisiert worden, zumal die Umsetzung der datenschutzrechtlichen Richtlinie bereits zum Mai dieses Jahres hätte erfolgen müssen. Vermutlich habe das Innenministerium seine Prioritäten anders verteilt.

Inhaltlich könne sie zum Gesetzentwurf nichts sagen, da sich Matthi Bolte-Richter damit federführend in der Fraktion beschäftige, der allerdings noch nicht anwesend sei.

Minister Herbert Reul (MI) erinnert daran, bereits bei der Einbringung des Gesetzentwurfes habe er darauf hingewiesen, zu spät zu sein, weil es sich um eine extrem komplizierte Materie handele. Bislang hätten es auch erst zwei Bundesländer geschafft. Man habe beide Punkte auch deshalb getrennt, um sie möglichst rasch beraten zu können.